

LEITARTIKEL

US-Importzölle

Auge um Auge, Zahn um Zahn



Von Bernd Kramer

Noch bleibt der EU das Schicksal von Kanadiern, Mexikanern und Chinesen erspart. Bislang hat Zoll-Fan Donald Trump noch keine offizielle Entscheidung über neue Zölle auf US-Importe aus der EU getroffen. Gedroht hat der Politiker vor Kurzem jedoch schon: „Es werden 25 Prozent sein... und zwar für Autos und alle anderen Dinge.“ Die Worte sollte man ernst nehmen. Auch gegenüber Kanada und Mexiko ließ Trump seinen markigen Ankündigungen zu Zöllen Taten folgen.

Die EU ist deshalb gut beraten, sich schon jetzt Gedanken darüber zu machen, wie man auf mögliche US-Importabgaben reagiert. Das wird in Brüssel auch schon getan. Am erfolgversprechendsten ist eine Strategie, die Härte und Bauchpinseln gegenüber Trump miteinander vereint. Vorbild könnte das Vorgehen des britischen Premiers Keir Starmer sein. Trump sagte, die USA könnten von Zöllen auf britische Waren Abstand nehmen. Zuvor hatte Starmer dem eitlem US-Präsidenten eine Einladung von König Charles für einen Staatsbesuch in Großbritannien übermittelt. Starmer ist keinesfalls ein Weichei. So gehört er zu den härtesten Unterstützern der Ukraine.

Auch Königshäuser aus der EU könnten Einladungen ans Weiße Haus verschicken. Entscheidend ist aber, dass

Die EU muss auf US-Importzölle mit Gegenzöllen reagieren

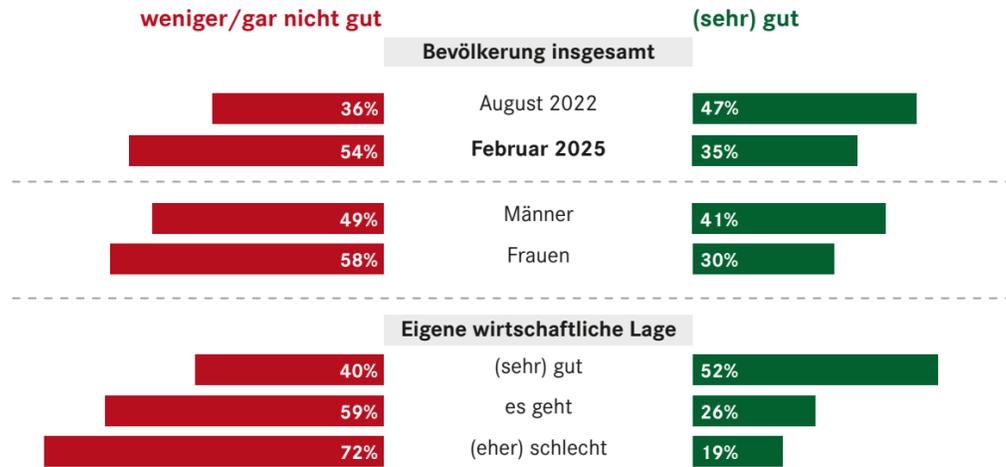
die EU ohne Moralgerede und rhetorisches Getöse Trump klar macht, was die USA mit der Einführung von Zöllen verlieren könnten. In einem zweiten Schritt sollten die Europäer keinen Zweifel daran lassen, dass sie vor harten Gegenmaßnahmen nicht zurückschrecken. Auf US-Zölle müssen EU-Gegenzölle folgen. Wer wie Trump nach dem Gebot der Stärke handelt, kann nur mit eigener Stärke im Zaum gehalten werden. Die EU ist mit ihren 449 Millionen Einwohnern alles andere als ein Zwerg. Zum Vergleich: In den USA leben mehr als 340 Millionen Menschen. Viele US-Unternehmen verdienen in Europa gutes Geld. Wird ihr Marktzugang eingeschränkt, leiden die USA.

Die Wirtschaft könnte zur Schwachstelle Trumps werden. An den US-Börsen ist man über den Handelsstreit nicht erfreut. Es gab Kursverluste. An der Höhe der Kurse macht Trump jedoch den Erfolg seiner Wirtschaftspolitik fest. Einfuhrzölle werden auch die Inflationsrate in den USA steigen lassen. Ein Grund, warum sich viele US-Amerikaner bei der US-Wahl für den jetzigen US-Präsidenten entschieden, war die in Folge der Pandemie höhere Geldentwertung. Sinkt die Kaufkraft des Dollars im eigenen Land, könnte dies das Vertrauen der Amerikaner in Trump massiv bröckeln lassen. Im Wirtschaftsleben schätzt man Verlässlichkeit und Berechenbarkeit, weil sie Investitionssicherheit mit sich bringen. Deshalb hat die regelbasierte Welthandelsordnung, mit der jetzt gebrochen wird, für Wohlstand gesorgt. Die jetzige Wirtschaftspolitik der USA widerspricht aber diesen Grundsätzen. Sie ist unkalkulierbar – so wie Trump.

BaWü-Check zu Finanzen und Wohlstand

Kritische Bilanz der Landesfinanzen

„Wie bewerten Sie die finanzielle Lage von Baden-Württemberg, die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit ...“

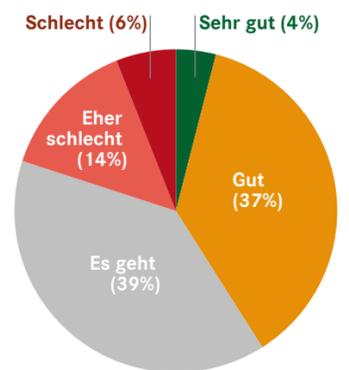


BASIS: BADEN-WÜRTTEMBERG, BEVÖLKERUNG AB 18 JAHRE

QUELLE DER GRAFIKEN: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGEN, ZULETZT 6184/IV

Eigene wirtschaftliche Lage

„Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?“



Der klamme Staat soll dennoch viel leisten

Der neue BaWü-Check belegt die hohen Erwartungen der Bürger an die öffentliche Hand. Und er zeigt, wo sie sich selbst finanziell einschränken.

Von Miriam Hinze und Ronny Gert Bürckholdt

Die Menschen in Baden-Württemberg halten ihre eigene finanzielle Lage für besser als die der Allgemeinheit. Während 54 Prozent der Befragten im BaWü-Check die Staatsfinanzen des Landes für weniger gut oder gar nicht gut halten, bewerten 20 Prozent ihre persönliche finanzielle Lage als eher schlecht oder schlecht (Grafik oben). Das Urteil über die Staatsfi-

nanzen hängt dabei stark von der eigenen Lage ab: Wer materiell darbt, glaubt eher, dass das auch für die öffentliche Hand gilt.

Das Konsumklima ist hierzulande seit längerem eingetrübt (wegen der zeitweiligen Hochinflation und diverser Krisen), was die Wirtschaft insgesamt bremst. Der BaWü-Check zeigt, wo sich die Bürger konkret einschränken. Sehen sie sich zum Sparen genötigt, tun sie das eigenen Angaben zufolge zuerst bei Restaurantbesuchen und bei Urlaubsreisen.

Indes zeigt sich: Obwohl zahlreiche Menschen die finanziellen Nöte des Staates erkennen, erwarten sie von ihm ungebrochen in vielen Bereichen, dass er mehr Geld ausgibt, also mehr investiert – und dies auch in ohnehin besonders kostspieligen Sektoren: zuvorderst in Krankenhäusern, Schulen, Kitas, für Stra-

ßen, Polizei, Wohnungsbau und ÖPNV. Die Erwartungshaltung an den Staat ist auch bei den Antworten auf die Frage zu sehen, welche konkreten Sparmaßnahmen vor Ort akzeptabel seien. Kein Einschnitt findet mehr als 35 Prozent Zustimmung; 28 Prozent der Bürger lehnen alle Einsparungen rundum ab.

Eine größere Unterstützung fände es, wenn der Rotstift an anderer Stelle und nicht konkret im eigenen Lebensumfeld angesetzt würde: 66 Prozent der Befragten wollen generell die Privilegien der Beamten abschaffen, nur 23 Prozent wollen sie bewahren. Zu diesen Privilegien gehören die staatliche Pension und dass Beamte keine Renten- und Arbeitslosenbeiträge zahlen. Bemerkenswert: Je älter die Befragten sind, desto eher wollen sie das Beamtenprivileg kippen. Bei den über 60-Jährigen sind es 74 Prozent, bei den 18- bis 29-Jährigen nur 42 Prozent.

Der BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine regelmäßig durchgeführte Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg. Die Zeitungsverlage arbeiten dafür mit dem Institut für Demoskopie Allensbach zusammen, das zu den namhaftesten Umfrage-Instituten Deutschlands gehört. Für diese 22. Auflage beantworteten zwischen 5. und 14. Februar 1022 ausgewählte Bürgerinnen und Bürger einen Onlinefragebogen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Gesamtheit der Bevölkerung im Land.

BaWü-Check

Badische Zeitung

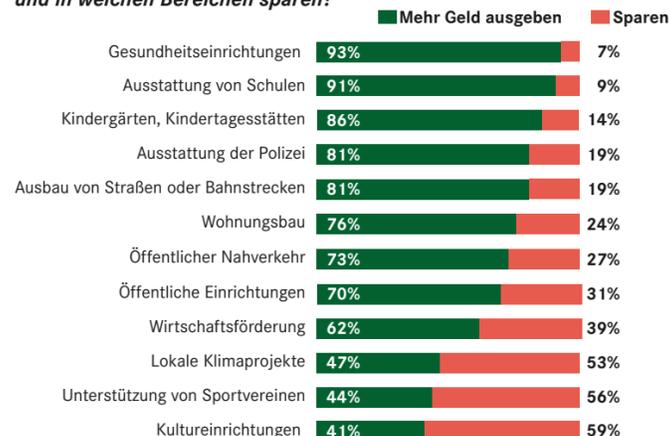
Wo sich die Bevölkerung einschränkt

„Gibt es Bereiche, in denen Sie sich persönlich derzeit einschränken?“



Wo investieren, wo sparen?

„In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg mehr Geld ausgeben, und in welchen Bereichen sparen?“



Wenig Unterstützung für Sparmaßnahmen vor Ort

„Welche der folgenden Sparmaßnahmen fänden Sie bei Ihnen vor Ort, in der Region akzeptabel?“

